

Leihmutter-Agentur wirbt an Messe um Schweizer Kunden

Fürs Wunschkind in die Ukraine Die Vermittlung von Leihmüttern ist in der Schweiz verboten. Dennoch präsentieren sich ausländische Leihmutter-Agenturen an einem Zürcher Event dem Publikum.



Warten auf die Eltern: Bilder von ukrainischen Leihmutter-Babys, die wegen des Lockdown nicht abgeholt werden konnten, gingen im Mai um die Welt. Foto: Gleb Garanich (Reuters)

Jacqueline Büchi

Welche Leihmutter darf es denn sein? Die Anwältin im schwarzen Lederdress, 30, Single, 163 Zentimeter gross und 53 Kilogramm schwer? Oder doch die vier Jahre jüngere Köchin, die gern Klavier spielt und im Profilbild mit einem Baby vor dem Christbaum posiert? Die Kunden einer ukrainischen Leihmutter-Agentur haben die Wahl. Sie können online eine Datenbank nach einer passenden Frau durchforsten und zwischen verschiedenen «Paketen zu fairen Preisen» auswählen. Wer sich etwa für das Angebot im Wert von 59'000 Euro entscheidet, bekommt nicht nur ein gesundes Baby garantiert, sondern kann auch das Geschlecht wählen.

Auf ihrer Website, die in deutscher Sprache gehalten ist, schreibt die Agentur, 18'000 Kinder hätten dank ihr bereits das Licht der Welt erblickt. Sie lebten in 52 verschiedenen Ländern. Die Domain wurde in Deutschland registriert, vor einem halben Jahr erst. In der Schweiz präsentiert sich die Agentur demnächst neuen potenziellen Kunden: Im Oktober will sie an einer Kinderwunsch-Messe in Zürich teilnehmen. Auch «Fertilitätsprofis» von Leihmutter-Agenturen aus anderen Ländern stehen für Fragen der Besucher zur Verfügung.

Behörden werden aktiv

Das ist heikel, denn: In der Schweiz ist nicht nur die Leihmutter-Agentur verboten, sondern auch die Vermittlung von Leihmutter-Agenturen.

Ingrid Ryser, Sprecherin des Bundesamts für Justiz, bestätigt, für die Vermittlung von Leihmutter-

Agenturen drohten in der Schweiz gemäss Artikel 31 des Fortpflanzungsmedizingesetzes drei Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe. «Die Beurteilung, ob die von Ihnen genannte Veranstaltung darunterfällt, kann ausschliesslich von einem Gericht vorgenommen werden.»

Zuständig für die Strafverfolgung sind die Kantone. Wie das Bundesamt für Justiz hat auch die Zürcher Gesundheitsdirektion bereits Kenntnis von der geplanten Messe. Der Verein Biorespect, der sich gegen den Leihmutter-Tourismus engagiert, warnte die Behörden in einem Brief vor dem Event. Im Schreiben heisst es: «Das Programm der genannten Kinderwunschveranstaltung lässt vermuten, dass gerade auch die Möglichkeiten der Inanspruchnahme einer ausländischen Leihmutter angepriesen werden sollen.»

Die Gesundheitsdirektion nimmt die Vorwürfe ernst. Sprecher Marcel Odermatt sagt: «Ob

auch in illegaler Weise eine Vermittlung von Leihmutter-Agenturen angeboten wird, ist unter strafrechtlichen Aspekten abzuklären. Die Stadtpolizei Zürich wurde über die geplante Veranstaltung informiert und ersucht, die notwendigen Ermittlungen zu tätigen.»

«Aufklärungsarbeit»

Organisatorin der Veranstaltung ist die Zürcher Firma Airdoc. Ein Unternehmen, das laut Handelsregister eintrag auf «die Organisation, Vermittlung und Verrichtung von medizinischen und touristischen Dienstleistungen für Kunden im In- und Ausland» spezialisiert ist. CEO Markus Will sagt: «Wir stellen fest, dass das Informationsbedürfnis bei kinderlosen Wunscheltern gross ist. Deshalb organisieren wir dieses erste Kinderwunsch-Info-Weekend in der Schweiz in einem möglichst breiten Themenspektrum. Selbstverständlich gehört da die Leihmutter-Agentur – als eine der letzten Möglichkeiten,

Kinder zu haben – ebenfalls dazu.»

Gerade weil es sich bei der Leihmutter-Agentur um ein sensibles und rechtlich komplexes Thema handle, sei es aus seiner Sicht wichtig, dass sich interessierte Paare nicht nur im Internet umsehen, sondern auch persönlich austauschen können. Deshalb seien neben international anerkannten Fertilitätskliniken, schweizerischen Naturheilmitteln und Kinderwunschcoaches auch Leihmutter-Agenturen aus der Ukraine, aus den USA, aus Russland und aus Georgien dabei, «sodass sich die Wunscheltern breit informieren können». Referate von Juristen stünden ebenfalls auf dem Programm.

«Wir sind der Auffassung, dass es sich dabei nicht um die Vermittlung von Leihmutter-Agenturen handelt, sondern um Aufklärungsarbeit», so Will. Erfahrungen von identischen Events im Ausland zeigten, dass sich viele Besucher bereits vor dem Anlass grundsätzlich entschieden hätten. «Der Event und das Zusammentreffen mit den Exponenten gibt ihnen die Möglichkeit, sich der Tragweite – rechtlich und ethisch – nochmals bewusst zu werden und die für sie richtigen Entscheide zu fällen.»

Ob die Veranstaltung im Oktober überhaupt stattfinden kann, sei aufgrund der Corona-Situation aber alles andere als sicher. Viele Kliniken und Agenturen stammten aus Ländern, die auf der Risikoliste des Bundes stünden. Laut Will wird in diesen Tagen die Situation analysiert und entschieden, ob der Event auf Frühjahr 2021 verschoben wird.

Die Verantwortlichen der ukrainischen Agentur schreiben auf Anfrage: «Wir haben Kunden aus der ganzen Welt, weil Leihmutter-Agentur in der Ukraine erlaubt ist. Kinderwunsch hat keine Nationalität. Kein Fortpflanzungsmedizingesetz kann den Leuten verbieten, glücklich zu werden.»

Kinder werden anerkannt

Schweizer Paare, die sich ihren Kinderwunsch mithilfe einer Leihmutter erfüllen, reisen dafür häufig nach Osteuropa oder in US-Bundesstaaten, die für eine liberale Gesetzgebung bekannt sind. In der Schweiz dürften bereits mehrere Tausend Kinder leben, die auf diese Weise zur Welt kamen.

Bei den sogenannten Wunscheltern handelt es sich entweder um schwule Paare oder um heterosexuelle, die aus medizinischen Gründen keinen eigenen Nachwuchs haben können. Der Mann – respektive bei schwulen Paaren einer der beiden – ist in der Regel der genetische Vater des Kindes.

Politik und Justiz beschäftigen sich seit Jahren mit der Frage, wie mit den so gezeugten Kindern umzugehen ist. Vor fünf Jahren hat das Bundesgericht entschieden, dass der genetische Vater des Kindes als Elternteil anerkannt werden muss, nicht aber der Partner oder die Partnerin. Diese kann das Stiefkind später jedoch adoptieren.

48 Kinder, die von Leihmüttern im Ausland geboren wurden, sind allein letztes Jahr in der Schweiz registriert worden, wie die «NZZ am Sonntag» unlängst berichtete. In der Realität dürfte die Zahl aber viel höher liegen, Experten gehen von einer beträchtlichen Dunkelziffer aus.

Christian Levrat will Regierungsrat werden

Freiburg Zwei Jahrzehnte Bundespolitik sind genug: SP-Präsident und Ständerat Christian Levrat will Regierungsrat in seinem Heimatkanton Freiburg werden. Am Montag gab er seine Kandidatur bekannt – 14 Monate vor den Wahlen im Herbst 2021. «Ich habe monatelang darüber nachgedacht», sagte Levrat in einem Interview mit der Zeitung «La Liberté». Auch ein Ausstieg aus der Politik sei für ihn zwischenzeitlich ein Thema gewesen.

Seinen Rücktritt als SP-Präsident hatte Levrat bereits im letzten November angekündigt. Wegen Corona verzögerte sich aber die Wahl eines Nachfolgers. Nun dürfte am Parteitag im Oktober das Duo Mattea Meyer und Cédric Wermuth gewählt werden.

In der Freiburger Regierung ist die SP derzeit mit Anne-Claude Demierre und Jean-François Steiert vertreten. Demierre hat bereits angekündigt, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Levrats Kandidatur könnte also dazu führen, dass die SP nach den Wahlen mit zwei Männern in der Freiburger Regierung vertreten sein wird. (red)

Nachrichten

Über 1000 neue Fälle innert drei Tagen

Coronavirus Seit letzter Woche publiziert das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Fallzahlen nur noch werktags. Deshalb wurden am Montag die kumulierten Zahlen der vergangenen drei Tage bekannt gegeben: Demnach wurden dem BAG in diesem Zeitraum 1095 neue Infektionen mit dem Coronavirus gemeldet. Die neuen Zahlen liessen sich erst im Verlauf der Woche interpretieren, wenn die Fälle den korrekten Daten zugeordnet worden seien, teilte das BAG mit. Aus diesem Grund sei auch die Kommunikationsstrategie geändert worden: Die täglichen Fallzahlen gäben keine gute Übersicht über die Lage. Besser sei es, die Entwicklung von Woche zu Woche zu betrachten. (sda)

Mehr Geld für das Schienennetz

Infrastruktur Der Nationalrat ist einverstanden damit, mehr Geld als bisher ins Schienennetz zu investieren. Mit grosser Mehrheit hat er 14,4 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre bewilligt. Das sind 1,2 Milliarden Franken mehr als bisher. Die zusätzlichen Mittel sollen dazu beitragen, die Verfügbarkeit und die Qualität des Netzes zu verbessern und damit den Bahnverkehr zu stabilisieren. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. (sda)

Sofort erkennen, woher das Brot stammt

Konsum Der Ständerat will für Brot und Backwaren eine Deklarationspflicht einführen: Das Produktionsland soll an einem für Kundinnen und Kunden gut sichtbaren Platz angegeben werden. Die kleine Kammer hat einen entsprechenden Vorstoss angenommen. Angesichts der steigenden Importe von Backwaren nehme die Bedeutung von deren Rückverfolgbarkeit zu. Als Nächstes entscheidet der Nationalrat. Die Branchenverbände unterstützen die Motion. (sda)